

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Donnerstag, 3. Juni 1937

Nr. 129

Verschärfte Kontrolle

durch internationale Blockadeflotte?

London. Die politischen Fühlungsnahmen zwischen den Kabinetten der Großmächte über die Vereinigung der spanischen Zwischenfälle und die angestrebte Verstärkung des Nichtinterventionensystems dauern an, ohne allerdings bisher sichtbare Erfolge gebracht zu haben. London steht ständig mit Paris und mit den außenpolitischen Vertretungen in Berlin und in Rom in Verbindung und man glaubt, in einigen Tagen zu einer Formel für eine neue Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien im Rahmen des Nicht-einmischungsausschusses zu gelangen.

Die gegenwärtigen Pläne scheinen sich in folgendem Rahmen zu bewegen:

1. Die Seekontrolle soll einheitlich gestaltet werden, indem an Stelle der nach Ländern getrennten Überwachungsaktionen eine einheitliche internationale Überwachungszone geschaffen wird.

2. Es sollen neutrale Ankerplätze geschaffen werden und weiter sollen die Kontrollschiffe angewiesen werden, im Bedarfsfälle den Hafen von Gibraltar oder jeweils einen italienischen oder französischen Hafen, keinesfalls aber irgendeinen spanischen Hafen anzulaufen.

3. Es wird eine systematische gegenseitige Unterstützung aller Kontrollmächte erwogen.

4. Die Regierung in Valencia und die Franco-Regierung sollen Erklärungen abgeben, in denen sie sich verpflichten würden, in Zukunft alle Zwischenfälle zu vermeiden.

Paris. Meldungen aus glaubhafter Quelle zufolge stellen Deutschland und Italien folgende Bedingungen für die Rückkehr in den Nicht-einmischungsausschuss:

Bewirkung einer tatsächlich wirksamen internationalen Kontrolle, Bewirkung der baldigen Abberufung aller fremden Freiwilligen aus Spanien, gemeinsame Verhandlungen über die Möglichkeiten der Herbeiführung eines Waffenfriedens in Spanien. Die Regierung von Valencia soll ihrerseits bereits die Zustimmung zur Errichtung neutraler Zonen gegeben haben, welche sie streng zu respektieren zugesagt hat.

Der ehemalige spanische Außenminister de la Sava, der gegenwärtig der Hauptdelegierte Spaniens beim Völkerbunde ist, traf in Paris ein und wird sich etwa eine Woche dort aufhalten. Er wird u. a. mit dem Ministerpräsidenten Blum und mit dem Außenminister Delbos zusammentreffen. Diese Konferenzen würden aber erst nach dem allgemeinen diplomatischen Meinungsaustausch zwischen Paris, London, Berlin und Rom stattfinden.

Berlin wollte offen intervenieren?

Kampf hinter den Kulissen

Paris. Die Pariser Presse beschäftigt sich weiter mit den möglichen Folgen des Bombardements von Amerika. „Populaire“ hebt anerkennend den guten Willen der Regierungen von England, Frankreich, Sowjetrußland und USA hervor und fügt hinzu: Zu einer dauernden Sicherung des Friedens müßte sich Europa so

Blomberg in Italien

Der Reichskriegsminister und Kommandant der deutschen Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg, ist nach kurzem Zwischenaufenthalt in Rom eingetroffen und hat Unterredungen mit dem König, mit Mussolini und verschiedenen italienischen Militärs gehabt. Obwohl die Reise Blombergs, der sich eine Woche in Italien aufhalten wird, seit längerem geplant war, interessiert sie im Westen jetzt doch vor allem im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen. Man stellt wieder Erwägungen über ein mögliches deutsch-italienisches Militärbündnis an, hält es aber nicht für wahrscheinlich, daß die beide Mächte sich so fest aneinander binden. Bei Blomberg dürfte nicht zuletzt die Absicht vorwalten, die italienische Armee, die sich in Spanien so wenig bewährt hat, auf ihren Friedensübungsplätzen genauer kennen zu lernen.

organisieren, daß Sitten nicht Wurzel fassen können, wie sie Deutschland und Italien einführen wollen. Vor allem seien Garantien gegen die mutwillige Ueberschreitung des internationalen Rechts notwendig.

In einem römischen Bericht sagt „Figaro“, daß die italienischen Schiffe den Befehl erhielten, in den spanischen Gewässern zu bleiben. Sie werden hier, wie es heißt, die Bewegungen der Handelschiffe beobachten und den Schmuggelverkehr von Kriegsmaterial verhindern.

„Journal“ teilt in einem Bericht des Berliner Korrespondenten mit, die deutsche Presse sei der Auffassung, daß jetzt General Franco in drei oder vier Wochen die Frage entscheiden werde, wer in Spanien herrsche. Die deutschen Mächte stellen in Abrede, daß Deutschland mit seinen Freiwilligen und mit seinem Kriegsmaterial hierzu beitragen wolle.

Der gleiche Korrespondent erklärt, daß ein Mitglied der Reichsregierung im Kabinett verlangt habe, daß Deutschland einige Regimenter gegen die „Balencia-Banden“ entsende, wogegen sich der Außenminister Neurath scharf gestellt habe, dem es auch schließlich gelungen sei, den Reichskanzler für sich zu gewinnen.

Teilgefechte

Madrid. (Sabas.) In dem durch die Sendestation „Union Radio“ verbreiteten amtlichen Kommuniqué heißt es: An der Madrider Front wurde in der Nacht auf Mittwoch ein Angriff der Aufständischen bei der Franzosenbrücke und im Westpark zurückgeschlagen. Im Jarama-Abschnitt eroberten die Regierungstruppen neue Positionen. Der Feind mußte den Rückzug antreten und ließ zahlreiche tote auf dem Kampfplatz zurück.

General Miaja erklärte Dienstag abends Journalisten gegenüber: Der zähe Kampf nimmt seinen Fortgang. Wir haben uns gestern der vorbersten Gräben bemächtigt, welche die Aufständischen beim Balde von Balsain errichtet haben. Unsere Truppen haben das Erdgeschloß des Königspalais in Lagranja besetzt, mußten es jedoch wieder verlassen, um dem Maschinengewehrfeuer der Aufständischen zu entgehen.

Bruch Vatikan-Berlin kaum mehr aufzuhalten

Rom deckt den Kardinal Mundelein

Stadt des Vatikans. (Sabas.) Die berufenen vatikanischen Kreise bliden mit der größten Ruhe auf die gegenwärtige Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem hl. Stuhl. Wie in diesen Kreisen verläuft wird, habe der päpstliche Nuntius in Berlin, Msgr. Orsenigo, niemals Instruktionen für seine Abberufung erhalten. Wenn Berlin behauptet, daß der deutsche Botschafter von Bergen nicht mehr mehr auf seinem Posten beim Vatikan zurückkehren wird, wird der Vatikan diese Initiative vollständig unbeachtet lassen und keine Geste unternehmen, welche die Verantwortung auf den hl. Stuhl abwälzen könnte. Bezüglich der Kundgebung des Kardinals Mundelein hat der Vatikan erklärt, daß der Kardinal nach seinem Gewissen im Lande der Freiheit gesprochen hat und daß die Kirche ihm nichts vorzuwerfen habe. In der übertriebenen Wichtigkeit, welche in Deutschland diesem Zwischenfall beigemessen wird, erblickt der Vatikan einen wohlwolligen Plan, die Atmosphäre zu vergrößern. Der hl. Stuhl werde sich aber nicht zu einem derartigen Manöver hergeben. Wie erklärt wird, hat die deutsche Reaktion, insbesondere die letzte Rede Dr. Goebbels, das Maß allzusehr überschritten, und es ist gerade der hl. Stuhl, der sich verletzt fühlen kann.

Vernichtendes Urteil über Deutschlands Wirtschaft

Ein Memorandum der Industriellen / Schlußfolgerung: Herstellung verfassungsmäßiger Zustände notwendig

Die „Basler Nationalzeitung“, eine der besten in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen, veröffentlicht einen Artikel, in welchem es Mitteilung von einer Denkschrift deutscher Industrieller macht, deren Inhalt in ganz Europa Beachtung finden wird, weil darin die deutsche Industrie eine vernichtende Kritik an den deutschen Wirtschaftszuständen übt. Wir empfinden zu den Verfassern des Memorandums keine Sympathie: die deutsche Schwerindustrie, aus deren Kreisen die Denkschrift stammt, war stets der geschworene Feind der Arbeiterklasse und sie hat eben deswegen dazu beigetragen, Hitler in den Sattel zu setzen. Um so wertvoller ist die Kritik, welche die einflussreichen Bemerkungen des Dritten Reiches üben. Wir geben nachstehend einiges aus dem zitierten Artikel wieder:

Vor uns liegt ein „Memorandum“, acht enggedruckte Seiten in Maschinenschrift einer aus zahlreichen Gründen mit Namen nicht zu nennenden sehr großen Wirtschaftsgruppe von Millionen Mitgliedern, die vom Dritten Reich einst am meisten erwartete und somit auch am meisten begeistert war. Die Begeisterung ist ihr vergangen. Beweis: Diese Denkschrift, die am deutschen Ruin durch die „Behrirtschaft“ und nationalsozialistische Wirtschaft überhaupt schärfste Kritik übt. „Das Mantel in der Rohstoffbasis beträgt 40 bis 60 und das Mantel in der Ernährungsbasis für Mensch und Tier 25 bis 30 Prozent“. Es fehlen aber auch „auf der inneren Wirtschaftslinie ausreichende Arbeitsmöglichkeiten.“

Eine vollständige, d. h. produktive Wirtschaftstätigkeit setzt einen 10 bis 12 Milliardenexport deutscher Waren auf dem Weltmarkt voraus. Der heutige Exportwert erreicht aber nur vier Milliarden, oder 6 bis 8 Prozent des innerwirtschaftlichen Arbeitsganges gegen 20 bis 25 Prozent in der Zeit internationaler Hochkonjunktur.“

Diese „drei Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft“, so folgert unser Memorandum, „kann keine staatliche Investitionskonjunktur beseitigen, weil die eigenen Wirtschaftskräfte des Landes niemals ausreichen werden“. Die Denkschrift gibt zwar zu, daß die Produktionssteigerung an Erntestoffen (Görings sog. Vierjahresplan) bis zu einem gewissen Grad möglich sei, und zwar in den nächsten zwei bis vier Jahren bis zu 70 Prozent des Gesamtbedarfs an Zink, 45 Prozent an Blei, 15 Prozent an Kupfer. „Andere Erze, bzw. Metalle wie Zinn, Nickel, Chrom, Wolfram sind

in Deutschland überhaupt nicht zu gewinnen. Noch enger sind die Grenzen für synthetischer Gummi gezogen: 10 bis 15 Prozent des Bedarfs von etwa 65.000 Tonnen. Die Rohstoffbasis für die Textilindustrie umfaßt Kunstseide und Stapelfaser. Für beide Rohstoffe ist der Ursprungstoff Holz entscheidend. Selbst eine Verdoppelung von Produktionsstätten und Neubau am deutschen Wald könnten den Bedarf nur zu kaum 50 Prozent an Zellulose decken.“

Kraft staatlicher Zwangskonjunktur beträgt die Zahl der Beschäftigten (laut Denkschrift) 72 Prozent der vorhandenen Arbeitskräfte. Der finanzielle Träger dieses Arbeitsaufschwunges ist größtenteils das Reich. Sein Einsatz beträgt in Staatsschulden und Bankkrediten vielfältigster Art etwa 25 Milliarden. Zu den Sonderaufträgen des Staates kamen die normalen Aufwendungen der öffentlichen Hand, überwiegend gebildet aus den Steuererträgen, sowie die aus eigenen Mitteln aufgetragenen Investitionen der privaten Unternehmerschaft: für die Jahre 1933 bis 1936 alles in allem etwa 35 bis 40 Milliarden! Aber, so heißt dann das Urteil, „im ganzen bewertet, ist diese Staatskonjunktur nur ein Substanzverbrauch.“

Es müssen steigend Kapitalien und Materialreserven des Landes, sowie billige menschliche Arbeitskräfte für unproduktive (militärische) Investitionen und Beschäftigungen eingesetzt werden. Hiermit wachsen die bisherigen Lasten und Gefahren unaufhaltsam weiter. Die innere und äußere Lage Deutschlands aber erzwingt diese Linie. In solcher scheinbar auswegloser Situation sieht die bewußte Wirtschaftspolitik nur eine Rettung: Die ehrliche Bilanz.

Eine Bilanz! Dazu gehörte endlich auch ein Budget.

„In Deutschland aber gibt es kein Budget!“ Freilich fehlt die Möglichkeit, eines aufzustellen: Ein Militärretat ist unbekannt. Ueber die Summen, die der Aufbau von Armee, Flotte und Luftwaffe verfrachten, besteht keine Kontrolle. „Niemand kennt den Stand der Aufrüstung heute und noch viel weniger ihre notwendige Größe.“ Gar nicht zu erfassen ist endlich die Zahl derer, die das Hitlerregime in den Gemeinden, in den Ländern, im Reich, auf den tausend und aber tausend Posten und Pöstchen der Partei als höchst interessierte Ruhnießer und Verteidiger der neuen „Ordnung“ im Notfall an die Staatskassen befördert. „Der heutige Umfang des gesamten Staatsbeamten- und Sachverwaltungsapparates ist nur vergleichsweise erfassbar.“

Früher kamen auf zwölf produktive Staatsbürger ein konsumierender Verwaltungsbeamter, heute einer schon auf acht.

Die Höhe des persönlichen und sachlichen Aufwandes für diese Verwaltungsmaschinerie ist nicht erfassbar. Der Anteil des heutigen Volkseinkommens von 60 Milliarden Reichsmark von Seiten des Steuerstaates und der Zwangsorganisationen mit ihren Abgaben dürfte bei 30 bis 35 Prozent liegen. — Mit anderen Worten: Die Verwirklichung der Partei durch den Staat kostet das deutsche Volk jährlich mindestens 20 Milliarden.

Die Anlagen in diesem „Memorandum“ einer großen deutschen Wirtschaftsgruppe sind für das Ausland nichts Neues. Außerordentlich ist die Warnung nur als Ausdruck schärfster Mißtrauens sogar einst ganz zuverlässiger Stützen des Systems. Die Denkschrift bestätigt nur, daß das deutsche Volk in einen luftleeren Raum eingesperrt ist, darin es nach und nach erstickt kann.

„Es zeigt sich, daß der Außenhandel der maßgebenden Staaten der Welt, seien es Rohstoff-

oder Fertigwarenexporte, auf Deutschland lebensnotwendig nicht mehr angewiesen sind." Die nationalsozialistische Wirtschaft: Eine offene Wunde am deutschen Volkstörper, ein einziger "Substanzverlust"; Milliarden Kontrolllos verlor, denn es gibt kein Budget; der Staat: eine totale Versorgungsanstalt für die Mittläufer einer Partei, deren Vorkämpfer im Kampf gegen die "Weimarer Vongzen" heiser wurden und die die Weltgeschichte, die die Geschichte der Weltkorruption ist, im Namen des Grundgesetzes: Gemeinnutz geht vor Eigennutz, in die Schranken fordert! ... Zum Schluß noch den dringenden Rat in der Denkschrift unserer Gewährsmänner an "Führer" und Reichsregierung, im Innern

"den Sechsstaat auf verfassungsmäßiger Grundlage wieder herzustellen und Deutschlands Rechte und Ziele in ein internationales Vertrags- und Friedenssystem einzugliedern".

Die Sprache der Auslagen in Prag

Die Zentralvertretung der Stadt Prag hat in der Sitzung vom 11. Jänner 1937 mit Stimmenmehrheit eine Auslagenordnung beschlossen, welche die Bestimmungen enthält, daß alle Aufschriften in tschechischer Sprache gehalten sein müssen.

Die in der Stadtvertretung vom Stadtvorstand Dr. Schwelb dagegen erhobenen Einwendungen wurden von der Mehrheit nicht berücksichtigt.

Im Sinne der Bestimmungen des Gemeindestatuts der Stadt Prag, hat Genosse Dr. Schwelb als Wähler und Steuerzahler der Stadt Prag gegen diesen Beschluß die Berufung an die Landesbehörde überreicht. In dieser Berufung hat Dr. Schwelb die Verfassungswidrigkeit und Gesetzwidrigkeit, darüber hinaus aber auch die Unzumutbarkeit und Unangemessenheit dieser Verfügung eingewendet.

Unnötig wurde die Entscheidung der Landesbehörde über die Berufung angestellt. Mit dieser Entscheidung hat die Landesbehörde die rechtzeitig überreichte Berufung als unzulässig zurückgewiesen.

In der Entscheidung heißt es:

"Der angefochtene Beschluß ist ein abstrakter Akt instruktionellen Charakters, welcher an bestimmte Personen nicht adressiert ist. Die Legitimation zur Beschwerde gegen diesen Beschluß könnte nur jenen zuerkannt werden, welche nachweisen, daß sie durch diesen Beschluß in irgendeiner Richtung in ihren subjektiven Rechten verletzt worden sind, insbesondere, wenn es um einen Voranklassungsbeschluß ginge, gegen den die Wähler und Steuerzahler in der Gemeinde Beschwerde zu überreichen berechtigt sind, ohne daß sie in der Beschwerde ein besonderes rechtliches Interesse nachweisen müßten.

Im vorliegenden Falle behauptet die Beschwerde nicht und weist auch nicht nach, daß der angefochtene Beschluß geeignet ist, einen unangünstigen Reflex auf die Steuerpflichtigen des Berufungsverkehrs zu werfen und in dessen subjektive öffentliche Rechte einzugreifen. Aus diesem Grunde wurde die Beschwerde als unzulässig zurückgewiesen, ohne daß sich die Landesbehörde mit den meritorischen Einwendungen des Berufungsverkehrs beschäftigt hätte."

Wie wir erfahren, wird gegen diese Entscheidung der Landesbehörde, mit welcher eine meritorische Überprüfung des Beschlusses der Stadtvertretung abgelehnt worden ist, die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht über-

reicht werden. Nach der Jurisdiktion des Obersten Verwaltungsgerichtes hat jedes Gemeindeglied ein rechtlich geschütztes Interesse daran, daß die Gemeindeverwaltung in verfassungsmäßiger und gesetzmäßiger Weise vor sich gehe. Wie bereits in der Berufung an die Landesbehörde eingewendet worden war, beeinträchtigt der Beschluß der Stadtvertretung die Gewerbetreibenden und Kaufleute der Stadt Prag in der Entfaltung ihrer Neklame, daher auch in ihrer Steuerfähigkeit und verleiht dadurch das Interesse aller Steuerträger der Stadt Prag.

Prag ist die Hauptstadt eines Staates, in welchem einige Millionen Staatsbürger deutscher Nationalität wohnen. Nach Prag kommt eine große Anzahl von Fremden. Es liegt im Interesse des Handelsverkehrs mit den inländischen und ausländischen Besuchern der Stadt Prag, daß die Prager Kaufleute in der Art ihrer Neklame nicht nur in gesetzmäßiger Weise eingeschränkt werden und daß sie die Möglichkeit haben, ihre Angebote, die in der Ausstellung von Waren in den Auslagen bestehen, auch solchen Personen verständlich zu machen, welche die Staatsprache nicht beherrschen. Durch die Verhinderung einer solchen Neklame werden eben auch die Interessen aller Steuerzahler der Stadt berührt.

Durch die formelle Entscheidung der Landesbehörde ist in dieser verfassungsrechtlich und politisch wichtigen und grundsätzlichen Frage nicht das letzte Wort gesprochen.

Der „Venkov“ gegen den 18. Feber Ein Beispiel schlechten Willens

Im „Venkov“ vom 2. Juni werden die tschechischen Sozialdemokraten angerempelt, und zwar in einer Weise, die man unschwer als eine indirekte Kritik an dem von Dr. Šobka eingeleiteten nationalpolitischen Befriedigungswerk erkennen kann. Das Blatt macht den tschechischen Sozialdemokraten vom Vorwurf, daß sie im Grenzgebiet nationale Positionen, die Jahrzehnte hindurch mit Erfolg verteidigt wurden, räumen, damit die „dahinsiechenden Organisationen“ der deutschen Sozialdemokraten am Leben erhalten werden.

Diese Behauptung ist einfach lächerlich. Jeder nicht vollständig vom Chauvinismus verblendete Mensch weiß, daß die Einlösung der verbindlichen Zusagen der Regierung vom 18. Feber erst in den Anfängen steht. In keinem Ressort der Staatsverwaltung ist die den Deutschen von vier tschechisch-agrarischen Ministern zugesicherte Proportionalität bisher annähernd verwirklicht. Wenn jetzt schon der „Venkov“ beginnt, den tschechischen Sozialdemokraten Vorschaltvorwürfe wegen ihrer lokalen Unterhütung der nationalpolitischen Linie Dr. Šobkas zu machen, so ist das einfach eine unüberantwortliche Sabotage des Verständigungswerkes.

Der „Venkov“ treibt dadurch nur Wasser auf die Mühlen jener staatsfeindlichen Propaganda, welche behauptet, daß der 18. Feber lediglich zur Täuschung des demokratischen Auslandes gedacht war und keineswegs der Ausdruck einer verständlichen Umorientierung großer tschechischer Parteien ist. Wenn das Zentralorgan der Agrarpartei den Augenblick für besonders geeignet hält, um solche Meinungen zu verstärken, dann soll es ruhig weiter als Sprachrohr der extremsten Granikatlungieren.

Beschwerden im Wehrausschuß Abg. Heeger fordert Abhilfe

In der Mittwoch-Sitzung des Wehrausschusses sollte die Debatte über den Antrag Heeger-Schabitzki betreffend die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie verhandelt werden. Nachdem aber der Minister für nationale Verteidigung an der Teilnahme dieser Sitzung verhindert war, wurde die Debatte auf die nächste Sitzung verschoben. Nach Erledigung einer Reihe von Interpellationen kam auch Genosse Abgeordneter Heeger zu Worte, der auf das Unrecht in den Grenzgebieten verwies, das darin besteht, daß die Privatbesitzer und Gemeinden die Kosten für Verkehrsbehindernisse, die auf Grund militärischer Verordnungen durchgeführt werden müssen, selbst zu bezahlen haben. Er verwies darauf, daß diese Sicherungen ja nicht im Interesse der einzelnen Gemeinden und der Bewohner dieser Gemeinden durchgeführt werden, sondern aus Staatsinteressen und daß es daher ein Unrecht sei, die Bezahung von Privatpersonen und Gemeinden zu verlangen. Ministerialrat Handl erklärte namens des Ministeriums, daß Verhandlungen mit dem Finanzministerium durchgeführt werden und in einer der nächsten Sitzungen des Wehrausschusses darüber Bericht erstattet werden wird. Heeger besprach dann weiter den schleppenden Gang der Erledigung von Baubewilligungen im Grenzgebiete durch die militärischen Behörden. Er zeigte an Hand von Beispielen einige trasse Fälle auf, wo es sich nicht einmal um Neubauten, sondern Adaptierungen und Ausbauten handelt und die besonders beim Korpskommando in Olmütz monatelange liegen bleiben, ohne daß eine Erledigung erfolgt. Dieser Zustand ist unhaltbar und bedarf schnellster Abhilfe. Es wurde auch hier angefragt, sobald als nur möglich Abhilfe zu schaffen.

Die unhaltbare Praxis bei der Verpflegungskosten-Eintreibung

Prag. Die Landesvertretung nahm in der Sitzung am Mittwoch den Rechnungsabschluss für 1935 nach einem Schlußwort des Referenten Dr. Kubista an. Von den Anträgen, die gleichzeitig eingebracht wurden, ist besonders beachtenswert der auf Initiative des deutschen sozialdemokratischen Klub gemeinsam von allen drei sozialistischen Parteien eingebrachte Antrag, welcher verlangt, daß bei der Eintreibung der sogenannten uneinbringlichen Verpflegungskosten in den Krankenhäusern und Landesanstalten eine liberale Praxis an die Stelle der jetzigen, oft von schweren sozialen und wirtschaftlichen Schäden für die Betroffenen begleiteten tritt. Der Antrag weist auf die schwere Belastung hin, welche die Eintreibung der Verpflegungskosten besonders für die Arbeiter und Angestellten, aber auch für die Kleinlandwirte und Kleingewerbetreibenden darstellt und warnt vor den Folgen, die sich sogar schon im Verschweigen ansteckender Krankheiten äußert haben. Der Antrag wurde angenommen.

Sollen die Bezirke die Verwaltung der Straßen verlieren?

Das Arbeitsministerium hat einen Gesetzentwurf über die öffentlichen Straßen und Wege ausgearbeitet, in dem u. a. die Verstaatlichung der technischen Bezirks-Straßenbeamten, mit Ausnahme der niedrigeren Gruppen wie der Bezirksstraßenmeister und Bezirksstraßenwärter, vorgesehen ist. Die Institution der technischen Bezirksbeamten entsprang den tatsächlichen Bedürf-

Deutschlands Interesse am Donauraum

Berlin. (DRS.) Reichsaußenminister von Neurath wird im Laufe der nächsten Woche den Hauptstädten Jugoslawiens, Bulgariens und Ungarns einen Besuch abstatten. Der Besuch bringt das Interesse zum Ausdruck, das Deutschland an der Entwicklung im Donauraum nimmt.

nissen der Bezirke, welche mit ihrer Hilfe über die Fragen der Bezirksstraßen entscheiden. Die genaue Kenntnis aller Notwendigkeiten des Bezirkes ermöglicht es, daß die Bezirksvertretung die erforderlichen Unterlagen für eine gute Lösung der ihr anvertrauten Aufgaben stets zur Hand hat. Es ist schwer denkbar, daß die Übertragung der Tätigkeit auf die Staatsverwaltung den Bezirken Vorteil bringen würde, während die jetzige Organisation des Straßendienstes die Bezirke die Gewähr bietet, daß ihre Beschlüsse ohne unnütze Verzögerung durchgeführt werden. Durch die Verstaatlichung der technischen Beamten würde der Bezirksvertretung der unmittelbare Einfluß auf die Verwaltung der Bezirksstraßen genommen und es bliebe ihr nur das Recht zu zahlen. Auf diese Gefahr machte in der böhmischen Landesvertretung in der Sitzung am Mittwoch Dr. Šahn-Reichenberg aufmerksam. Er beantragte, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten ersucht werde, der Landesvertretung den Gesetzentwurf über die öffentlichen Straßen zur Aeußerung vorzulegen, um dertart Gelegenheit zu geben, den Standpunkt der Selbstverwaltung zur Geltung zu bringen.

Dank der Landesvertretung an den Präsidenten der Republik

In der Mittwoch-Sitzung beschloß die böhmische Landesvertretung — unter demokratischem Schweigen der Heinefraktion — dem Präsidenten der Republik für seinen letzten Besuch in Südböhmen, den Dank auszusprechen. Die Landesvertretung richtet gleichzeitig an den Präsidenten die Bitte, nach Möglichkeit auch die anderen Gebiete des Landes zu besuchen.

Kramář-Nachruf im Senat

Der Senat hielt Mittwoch eine Sitzung ab, zu deren Beginn der Vorsitzende Dr. Soukup in längerer Rede des verstorbenen Dr. Kramář gedachte.

Hierauf wurde das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit Polen und eine Immunitätsgenehmigung, worauf die Vorlage über die Pflichteichung ärztlicher Thermometer in zweiter Lesung verabschiedet wurde. Der Senat hält heute seine nächste Sitzung ab.

Der Präsident der Republik und seine Gemahlin beteiligten sich am 1. Juni 1937 auf der Kunstatatur an dem ihnen zu Ehren veranstalteten Abendessen. — Der Präsident der Republik empfing am 2. Juni 1937 den französischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister L. de Lacroix und den Finanzminister Dr. J. Kalfus.

Tagung des Rechtsbeirats. Mittwoch tagte im Ministerratspräsidium der Rechtsbeirat, dessen Vorsitz Justizminister Dr. Ivan Džer führte. Der Rechtsbeirat führte die definitive Redaktion des Gesetzentwurfes über die Maßnahmen zur Beschleunigung der Tätigkeit der Behörden durch.

JUNGES WEIB VERONIKA ROMAN VON MARIA GLEIT

43 Er schludte, und er wußte, daß er sie nicht zurückhalten konnte. „Nimm ich Ihnen denn gar nicht helfen, Veronika?“ fragte er leise, demütig fast. „Gar nicht? Und alles soll vorbei sein — und so — sollen wir uns — verlieren?“

„Nichts ist vorbei“, erwiderte sie in ihrer alten, besänftigenden Art, „alles, was wir einmal lebten, bleibt unverloren, — und dann — Sie wissen ja — wo ich zu finden bin...“

Er beugte sich über ihre Hand und sog sie an die Lippen. „Wenn Sie mich einmal brauchen, Veronika — — einfach einmal jemanden brauchen — ganz gleich — in welcher — Angelegenheit — — rufen Sie mich dann?“

Sie nickte. „Versprechen Sie mir das?“

Er versprach es.

Er brachte sie bis an den Wagen. Und erst als das verstaubte, leicht krächzende Gefährt seinem Blick bereits entschweben war, fiel ihm ein, daß er vergessen hatte, sie nach ihrem Ziel zu fragen...

Veronikas Ziel war ein alter Mann. Seit ihrer Heirat hatte sie wenig mehr von Papa Schwertlein gehört. Zeht kam sie zu ihm, und sie fand ihn an der Schwelle des Todes. Ganz weih geworden war sein Haar.

„Daß ich das noch erlebe“, begrüßte er sie, und eine Heiterkeit, jenseits aller Dinge, war schon über ihm, „daß Sie noch einmal zu mir kommen...“, und er hielt ihre Hände, diese straffen, ein wenig harten Hände der Veronika,

wie ein kostbares Geschenk. Er sah sie lange an und sagte lange nichts.

„Sie haben ein Kind, Veronika?“ fragte er dann.

„Ja, aber mein Kind ist krank, mein Kind erschrickt, wenn es mich sieht.“

„Sie haben einen Mann, Veronika!“

„Mein Mann verschließt die Tür vor mir, und jetzt — jetzt ist er fort — —“

Der Alte streichelte unablässig die Hände der jungen Frau, die sich ihm entziehen wollten.

„Und Sie sind auf dem Weg zu ihm?“

„Ja, auf dem Weg...“

Der Alte ließ ihre Hände frei und lehnte sich vorsichtig zurück. „Das ist gut, Veronika, solange man noch auf dem Weg sein kann, ist alles gut.“ Er schloß die Lider. Die Lider zitterten vor Schwäche.

„Soll ich gehen?“ fragte Veronika zögernd.

„Nein, bleiben Sie. Sie haben ja noch soviel Zeit. Mit mir — ist es nun — bald zu Ende...“ Schütteln Sie doch nicht den Kopf, Veronika. Vielleicht — beginnt es ja auch erst — drüben, Veronika...“

„Drüben...?“ fragte sie, er aber lächelte nur und nickte, das Gesicht in viele kleine Falten zerlegt, die Spott und Gläubigkeit auf eine verwirrende Art gleichzeitig ausdrückten.

Ganz still war es im Raum. Still wie in einer Kirche, dachte Veronika. Und plötzlich sah sie einen Fettel an der Kirchentür. Licht war auf ihn gefallen, wie auf das Gefieder einer Taube.

„Das Kreuz ist immer bereit und erwartet Dich überall...“, suchte sie langsam die Worte aus der Erinnerung hervor, und hob den Blick und hielt ihn, der abblenden wollte in ihre trostlose Müdigkeit, fest und forschend auf den alten Mann gerichtet.

„Das Kreuz?“ fragte der Alte verbundert, und er richtete sich noch einmal in jene streitbare Lebendigkeit auf, die ihn früher gekennzeichnet hatte. Ja, dieses Aufrichten war wie eine

flüchtige, doch um so notwendige Rückkehr aus der Heiterkeit des Himmels in den Tumult der Erde. Seine Stimme, die die Stimme eines Kranken gewesen war, brüchig, flüsternd, leis, war nun klar und deutlich, bestimmt und ausdrucksvoll:

„Hinter die Geheimnisse des Himmels und der Erde kommen zu wollen, — das sollten wir aufgeben, Veronika. Oder ganz still mit uns allein abmachen, ganz still. Eines aber ist gewiß: es ist nicht das Kreuz, das uns folgt. Wir sind es, die dem Kreuz folgen. Wir sind es, die sich ans Kreuz schlagen und daran verbluten, anstatt mit Fröhlichkeit, Gleichmut und Kraft zu tragen, was uns aufgegeben wird.“

Fröhlichkeit, Gleichmut und Kraft...“, wiederholte sie, und er sank wieder zurück aus der Anstrengung in eine erschöpfte Ruhe.

„Tragen, was uns aufgegeben wird...“, sann sie seinen Worten weiter nach, „auch das Unenträglich...?“ Groß und leergerann waren ihre Augen, leergerann, ein trockenes Feuer.

„Es gibt nichts Unenträgliches...“, sagte der Alte. Wieder schloß er die Augen, seine Hände entspannten sich, weh und zu Ende gelebt erschien sein Gesicht. „Würden Sie das Fenster etwas öffnen, Veronika?“ Sie stand auf und ging zum Fenster, öffnete es, sah die Straße, ihren Wagen, atmete die Luft, die von draußen kam und schon den Geruch in sich trug. Und der Weg lag vor ihr, der weite, weite Weg zu ihrem Mann... Langsam ging sie an das Bett zurück, setzte sich wieder auf dem Alten.

„Darf ich Sie etwas fragen, Papa Schwertlein?“

„Fragen Sie, Veronika!“

„Wenn einem Mann die besten Jahre seines Lebens gestohlen werden, weil er sich vor einem Menschen zu fürchten hat, der ihn einer Tat bezichtigt, die er niemals beging — ist das dann noch erträglich, — ist das noch zu ertragen?“ schloß sie auf.

„Ja, auch das ist noch erträglich, Veronika!“ sagte der Alte, „denn dieser Mann hat immer noch die Möglichkeit, den Nachweis zu führen, daß man ihn falsch verdächtigt und zu Unrecht verurteilt.“ Er kann sein Leben einsehen für diese Aufgabe.“

„Und wenn er es nicht tut?“ fragte sie atemlos.

„Wenn er es nicht tut, weil er, wenn er es wagen würde, in die Gefahr käme, alles zu verlieren, was er sich aus dem Zusammenbruch seines Lebens rettete...?“

„Dann“, antwortete der Alte — er sprach sehr langsam, denn jedes Wort war von einer letzten Bedeutung, er würde es niemals wiederholen können, die Zeit lief ab für ihn, die Stunde mußte genutzt werden, schon die Minuten waren schwer vom Endgültigen, vom Tod — „dann“, wiederholte er nach einer kleinen Pause, „dann hat dieser Mann wahrscheinlich eine Frau, die ihm bereitwillig machen wird, daß der Mensch alles verlieren können muß, um alles zu gewinnen.“

„Nein“, sagte Veronika, „eine solche Frau hat er nicht. Denn diese Frau hätte beinahe jenen Menschen geheiratet, vor dem er jahrelang geflohen ist. Sie hat ihm das nicht sagen können. Sie hat es ihm verschwiegen, ihrem Mann. Und glauben Sie nun, daß auch das noch zu ertragen ist?“

„Sie hat ja jeden Tag noch Zeit, es ihm zu sagen, die Frau!“ warf er ein. Jeden Tag...“

„Er ist doch aber fort! Er ist doch fort!“ rief sie verzweifelt aus, „ich wollte es ihm sagen, und es war zu spät!“

Der alte Mann atmete mühsamer, er leuchtete schon etwas, so, als stiege er einen himmelhohen Berg hinan: „Solange noch Atem in unserer Brust ist, Veronika, solange unser Herz schlägt, solange wir noch eine Straße Begeh vor uns haben, solange ist es nicht zu spät...“

(Fortsetzung folgt.)

Judetendentscher Zeitspiegel

Ausharren im Kampf An die streikenden Glasarbeiter

Die Genossenschaft der Glaswarenerzeuger hat in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, zu der die Zentralstreikleitung der streikenden Glasarbeiter wie folgt Stellung nimmt:

Die Erklärung der Genossenschaft besagt, daß sie einen weiteren Streik in der Glasindustrie nicht verantworten könne, „da jetzt außer den drei abgeschlossenen Lohnlisten noch über weitere sechs Lohnlisten verhandelt wird, was erfahrungsgemäß eine längere Zeit in Anspruch nehmen würde...“ Vor allem aber begründet die Genossenschaft diesen ihren Standpunkt damit, daß nunmehr die Handwerksmäßigkeit der Glaswarenerzeugung an dem Tage in Kraft treten wird, an dem die Lohnlisten und der Kollektivvertrag abgeschlossen werden. Gleichzeitig haben Mitglieder der Genossenschaft der Glaswarenerzeuger in den Gemeinden Reinsowitz, Grünwald und Lugdorf eine Separatklärung veröffentlicht, worin der Abbruch des Synpathiestreikes erklärt und die Anerkennung und Unterzeichnung des Kollektivvertrages und der Lohnlisten bis spätestens 10. Juli angekündigt wird.

Damit wird neuerdings klar bestätigt, daß die Frage der Handwerksmäßigkeit für die Unternehmer nur ein Vorwand war, um den Abschluß des Kollektivvertrages und der Lohnlisten zu verhindern, bzw. zu verzögern. Die Unternehmer haben den Lohnstreik der Glasarbeiter dazu ausgenutzt, um sich die Handwerksmäßigkeit zu sichern. Nun aber, da die Frage der Handwerksmäßigkeit nach ihrer eigenen Erklärung erledigt ist, versuchen sie den Arbeitern einzureden, daß dadurch der Streik überflüssig geworden ist.

Sie verfolgen damit die Absicht, die Arbeiter zu verwirren und zum vorzeitigen Abbruch des Streikes zu bewegen, damit sie die Möglichkeit haben, die Verhandlungen zu verschleppen und dabei die Arbeiter in ihren Lohnansprüchen verkürzen zu können.

Das zeigte sich bereits bei den montägigen Verhandlungen, wird aber vor allem dadurch bestätigt, daß in verschiedenen Ortschaften die Unternehmer die Arbeiter unter der Vorpiegelung, daß bereits alle Streitfragen geregelt worden seien, zur Wiederaufnahme der Arbeit zu überreden versuchten.

Die Zentralstreikleitung steht sich daher veranlaßt, der Arbeiterschaft und der gesamten Öffentlichkeit in Erinnerung zu bringen, daß die 15.000 deutschen und tschechischen Glasarbeiter geschlossen in den Streik getreten sind und ihre gemeinsame Forderung nach Unterzeichnung des Kollektivvertrages und aller vorgelegten Lohnlisten sowie die sofortige Auszahlung der erhöhten Löhne durchzusetzen. Sie richtet an die streikende Arbeiterschaft den dringenden Appell, sich durch keinerlei Pönänder und Versprechungen irreführen und verwirren zu lassen. Die gemeinsamen Interessen der Glasarbeiter erfordern es, daß der geschlossen begonnene Streik in der gleichen Geschlossenheit und Einheitslichkeit bis zur Erfüllung der Forderungen aller streikenden Arbeiter fortgesetzt wird.

Donnerstag findet eine Sitzung der Zentralstreikleitung unter Leitung der Vertreter sämtlicher Ortsstreikleitungen statt, die genaue Weisungen für die weitere Führung des Kampfes beschließen werden. Die streikenden Glasarbeiter

handeln in ihrem ureigensten Interesse, wenn sie nur den Weisungen der Zentralstreikleitung und der donnerstägigen Konferenz folgen.

Für die Zentralstreikleitung:
Josef Müller m. p., Schumburg-Gistei.

SdP verrät die Arbeiter

Die SdP-Bezirksleitung in Gablonz hat, wie wir erfahren, ihre Mitglieder aufgefordert, soweit sie an dem Streik der Gablonzer Glasarbeiter beteiligt sind, wieder die Arbeit aufzunehmen. Das heißt der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fallen, denn es besteht dann die Gefahr, daß die Unternehmer die Handwerksmäßigkeit des Gewerbes zugesprochen erhalten, aber die Arbeiter nicht ihre Löhne. Die Arbeiter dürfen sich also nicht verwirren lassen und müssen einsig und allein den Weisungen der Zentralstreikleitung folgen.

Aus Henleins Wahlküche

Nach den Weisungen der SdP-Werbestelle werden auch die Kinder im Wahlkampf verwendet werden, und zwar will man sie mit Papierfächern beteiligen, auf welche die Listennummer aufgedruckt ist. Die politisierenden Piesker sollen von den SdP-Mitgliedern bei den Behörden denunziert werden.

Besonders unangenehm scheint der SdP das Wirken der Republikanischen Wehr zu sein, die in dem Wahlhandbuch als „Note Wehr“ bezeichnet wird. Aus dem Funktionärshandbuch der Republikanischen Wehr werden in den Wahlweisungen der SdP die Verhaltensmaßregeln für den Versammlungszweck mitgeteilt, offenbar zu dem Zweck, daß sich illegale Ordnungsmittel der SdP genau nach ihnen richten kann.

Die Berichterstattung aus den Sprengeln, Wäldern und Felten — deren Organisation ganz nach dem Muster der NSDAP erfolgte — muß schon jetzt organisiert werden. Sie ist insbesondere auf den Werbedienst auszurichten. Die Dienststellen des Werbedienstes müssen doppelt besetzt werden. Selbstverständlich ist auch hier wieder die große Sorge der SdP festzustellen, daß ihre Leute die gesetzlichen Vorschriften überschreiten und dafür bestraft werden könnten. — Auf alle Fälle ist auch auf die Versicherung hingewiesen, welche die SdP für ihre Ordner abgeschlossen hat. Um keinen Zweifel über die Aufgaben der „Ordner“ aufkommen zu lassen, wird mitgeteilt, daß „Versammlungsstörer“ „mit angemessener Gewalt zu entfernen sind“. Als Versammlungsstörer werden an einer anderen Stelle der Broschüre jene Gegner bezeichnet, die die Versicherung der SdP, in ihren Versammlungen herrsche Disziplinsfreiheit, ernst nehmen. Vieldeutig wird festgestellt: „Angemessene Gewalt kann niemals sichtbare Zeichen an Körper oder Kleidung zur Folge haben“. Auch der Sanitätsdienst ist für die SdP-Versammlungen zu organisieren, und zwar wird bezeichnenderweise verlangt, daß dieser mit dem Sanitätsdienst der Feuerwehr zusammenarbeiten soll. Offenbar betrachtet man die

Vor Eröffnung des Ascher Krankenhauses

Ein Erfolg der Sozialdemokratie

In Asch wurde ein großes, modernes Krankenhaus um den Betrag von 14 Millionen Kč vollendet, dessen Eröffnung die Bewohner des Ascher Bezirkes mit Erwartung entgegensehen, weil für diesen Bezirk viel zu wenig Krankenhausbetten zur Verfügung gestanden sind. Zur Eröffnung ist aber notwendig die sogenannte Öffentlichkeitsklärung des Krankenhauses, was in die Kompetenz der Landesvertretung fällt. Abgeordneter Fabus und die Landesvertreter Etcaus und Roub haben sich nun angelehnt der Tatsache, daß die böhmische Landesvertretung soeben tagt und daß eine Verzögerung der Angelegenheit die Eröffnung des Krankenhauses bis in den Winter hinauschieben könnte, bemüht, durchzusetzen, daß die Landesvertretung die betreffende Vorlage ungefäumt in Verhandlung ziehe. Der Landespräsident hat den ihm vorgebrachten Wün-

Arbeitslosigkeit in Böhmen wieder um 16% gesunken

Im Mai ist die Zahl der Arbeitslosen, wie Landespräsident Sobotta in der böhmischen Landesvertretung bekanntgab, in Böhmen um 38.567 zurückgegangen. Sie betrug

am 30. April	244.587,
am 31. Mai	206.020.

Der Rückgang macht demnach 16 Prozent, also rund ein Sechstel aus. Dies ist um so bemerkenswerter und erfreulicher, als schon der April eine außerordentlich starke Senkung der Arbeitslosenzahl gebracht hatte.

schon entprochen und die Behandlung der Frage auf die Tagesordnung der Sitzung der böhmischen Landesvertretung vom Mittwoch gesetzt. Der betreffende Antrag des Landesausschusses wird zweifellos angenommen werden, so daß der Eröffnung des Ascher Krankenhauses nichts mehr im Wege steht. Den Bemühungen der sozialdemokratischen Funktionäre ist es zu danken, wenn die Bevölkerung von Asch bald der Segnungen des neuen Krankenhauses teilhaftig wird.

Landespreise auch für Deutsche

Der Bericht über die Preise des Landes Böhmen für Kunst, Literatur und Wissenschaft wurde Mittwoch von Landesausschussmitglied Dr. Hlavaty vorgetragen. Ueber den Inhalt des Antrages, welcher der Landesvertretung vorliegt, haben wir vor einigen Tagen berichtet. Der Referent ging in seiner Rede auch auf die Frage ein, wer sich um die Landespreise bewerben könne und stellte ausdrücklich fest, daß bei der Verteilung auch auf Angehörige deutscher Nationalität Rücksicht genommen werden wird.

Kreistagung unserer Jugend in Sternberg

Sonntag, den 30. Mai, versammelten sich die Funktionäre der sozialistischen Jugend des Sternberger Jugendkreises zu ihrer Kreiskonferenz im Arbeiterheim. Fast hundert Jugenddelegierte und Gäste hatten sich eingefunden, erstmalig auch die Vertreter der tschechischen Jugend, die mit reichem Beifall empfangen wurden. Abgeordneter Zischla richtete namens der Partei an die Versammelten herzliche Worte. Unter dem Vorsitz des Kreisvertrauensmannes Ondrejka, der eingangs der Freiheitkämpfer in Deutschland, Oesterreich und Spanien gedachte, wurden die Berichte der Kreisfunktionäre den Teilnehmern zur Kenntnis gebracht. Der Bericht Willi Schöns über die geleistete Arbeit lautete überaus günstig. Das politische Hauptreferat hatte Willi Wanla-Brag. Er wies u. a. auf den kommenden Wahlkampf hin, bei dem die Jugend neuerlich zu beweisen haben wird, daß sie für die Partei einzuweisen bereit ist; die Partei kann damit rechnen, daß wir zu hundert Prozent unseren Mann stellen werden. Nach einer reichhaltigen Debatte über das Referat wurde die neue Kreisleitung gewählt, die keine wesentliche Änderungen erfährt. Als Kreisvertrauensmann wurde neuerlich Max Ondrejka bestellt. Die nächsten Arbeiten für den Kreis behandelte Schön und man konnte ersehen, daß sich die Jugendlichen wiederum mit wichtigen Arbeiten beschäftigen. Werbeselbstbewer, Jugendweise und ein großes Arbeitszettelwerk wird die Kräfte der Burschen und Mädchen in den nächsten Tagen in Anspruch nehmen.

Deutsche Chemiker, meldet euch! Die Finanzlandesdirektion in Prag sucht für den technischen Dienst in Böhmen einige Absolventen des technischen Studiums (Chemiker) mit mindestens vierjährigem Studium. (DND)

Zur Wahl des Angestelltenberufes. Die Berufswahl macht den Schulentlassenen und noch mehr den Eltern besonders heute schweres Kopfzerbrechen. Wollte man vor der Ergreifung jedes Berufes warnen, dem die Kräfte besondere Merkmale aufgestempelt hat, so bliebe für die aus der Schule kommende Jugend wahrscheinlich kein einziger Beruf übrig. Der Allgemeine Angestelltenverband Reichenberg macht die gebräuchliche Abrate-Praxis nicht mit, sondern spannt im Vereine mit den neu in den Angestelltenberuf eintretenden Jugendlichen alle Kräfte an, um die Erziehung und die Zukunft der jugendlichen Angestellten sicherzustellen. Heute, da auch der Angestelltenberuf zum Teile als mechanisiert, automatisiert, konzentriert und rationalisiert betrachtet werden muß, ist mehr als früher eine nach neuzustellenden Grundfähigkeiten ausgearbeitete Lehrlings- und Jugendberufsbereitstellung notwendig. Der Allgemeine Angestelltenverband (Zentrale Reichenberg, Turnerstraße 27) stellt sich mit seinen Einrichtungen dazu und auch für die Vermittlung von Lehrlings- und Praktikantenstellen in wie bisher aller Jugendlichen und Eltern gerne kostenlos zur Verfügung.

Für Frieden und Freiheit demonstrieren wir am REICHAUFMARSCH DER REPUBLIKANISCHEN WEHR

in Aussig a. E. vom 3. bis 5. Juli 1936

Vierzig Ellen roter Samt Auch eine Krönungs-Geschichte

Von Reginald Reynolds

Man schrieb den 12. Februar im Jahre des Herrn 1887, und der Marquis von Cascara Sagrada saß in sein seidenes Schlafgewand gehüllt aufrecht im Bett, rauchte eine Kaiserin Cigarette und las die Morning Post (Abteilung Anzeigen). „Meine Liebe“, redete er eines der Kopfkissen an, das er einen Augenblick lang mit seiner Gattin vertauscht hatte (denn er war ein wenig kurzschichtig), „meine Liebe, das ist eine ernste, wirklich eine sehr ernste Angelegenheit.“

Seine Gemahlin, da sie noch nicht ganz munter war, antwortete von der anderen Seite des Bettes her mit der aristokratischen Ausgabe eines sozialigen Schmarzens. Der Marquis brückte ihr behutjam eine Zehe in die Nagelgegend.

„Schille“, sagte er, da sie langsam die Augen aufschlug, „ist dir bekannt, daß das Verlangen der Carl von Ancafter, während der Krönung in der Westminsterabtei eine eigene Abtheilung, eine separierte Wog zugesprochen zu erhalten, vom Klagehof abgewiesen worden ist?“

„Das ist ja insam!“ schrie Schille auf.

„Worin braucht er eigentlich die Wog?“

„Wogu er sie braucht? Was für eine Frage!“ antwortete ihr hoher Gatte vorwurfsvoll. „Wie stellt du dir denn vor, daß er sein Amt als Lord-Kämmerer ohne Wog ausüben kann? Wo soll er seine Stullenpapiere und seine Bananenschalen hinlegen, wenn er hungrig wird und zwischen den Akten der Zeremonie einen Umblitz einnehmen will? Und wo soll er sich hinsetzen, wenn er müde wird?“

„Ja, natürlich“, sagte die Marquise nachdenklich. „Aber was wird mit all den Bairdgemahlinnen? Die könnten doch auch recht gut eine eigene Wog gebrauchen.“

Der Marquis lächelte nachsichtig, denn ihm war bekannt, daß seine Gattin heimlich die liberalistisch veredelte Lime and Tide las und daher ein wenig volkschweifisch dachte.

„Meine Liebe“, erklärte er, „die Bairdgemahlinnen werden alle ihre Keinen Kronen haben, in die sie die belegten Brote, die Würstchen, Pasteten und was sie sonst noch an Probiant mitnehmen, hinein tun können. Aber die Wog des Lord-Kämmerers, die ist ein Pferd von einer andern Farbe. Denn sie ist keine gewöhnliche Wog, sie ist vielmehr eine Wog, die — wie die Morning Post sagt — „den Zeiten des mittelalterlichen Prunkes und dem Ritual“ entspricht. Sie ist historisch genügend betrachtet, um eine Sonderstellung jener weisen und erfahrenen Männer zu rechtfertigen, die den Klagehof bilden. Du mußt über solche Dinge nicht reden als handle es sich um die Löhne der Fischweiber oder um die Bombardierung von Madrid. Das ist eine ernste Angelegenheit!“

„Nun ja“, gähnte die Marquise, „mag sein, daß du recht hast. Aber ist das alles?“

„Keineswegs“, fürchte ich. Der Marquis schüttelte sorgenvoll sein Haupt. „Der Carl von Ancafter forderte auch, wenn er bei der Krönung am König eine Waschung vornimmt, dafür ein Waschbecken, die Handtücher und den Mundtisch zugesprochen zu erhalten. Auch diese Forderung ist abgelehnt worden, weshalb, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Da frage dich, wie soll Ancafter ohne das Becken und die Handtücher auf

seine Rechnung kommen? Es ist die schiere Ausbeutung!“

„Wie?“ rief die Marquise und schauderte vor Entrüstung. „Der Lord-Kämmerer soll für die ganze Arbeit überhaupt nichts kriegen? Er muß die Westminsterabtei unbezahlt verlassen, betrogen um die ehrenhafte Entlohnung für seiner Hände Wert?“

„Nicht ganz, meine Liebe“, erwiderte ihr Gemahl und gab einen Seufzer tiefer Erleichterung von sich. „Er wird neben seiner Robe vierzig Ellen karminroten Samt erhalten. Es konnte ohne jeden Zweifel einwandfrei festgestellt werden, daß die Lordkämmerer seit dem Jahre 1807 diese Entschädigung bei jeder Krönung erhalten haben — wobei es freilich unklar bleibt, wovon sie in der Zwischenzeit existieren sollen. Aber die Chroniken zeigen jedenfalls ganz eindeutig, daß von den Zeiten Karls des Zweiten an bis zu Georg dem Vierten die Entlohnung vierzig Ellen roten Genuefer Samt ausmachte, was einem Geldwert von neunundzwanzig Schilling und vier Pence entsprach, bevor die Arbeitslöhne so skandalös in die Höhe gestiegen sind.“

„Gottseidank“, murmelte die Marquise tief-ernst. „Solange das englische Volk noch an diesem Samte hängt, kann ihm, das fühle ich, nichts passieren. Dieser Samt wird auch weiterhin alle bösen Gedanken erlösen, und wenn die halbe Welt zum Teufel geht. Er ist symbolisch für unsere Monarchie, für das Amt der Lord-Kämmerer und unsre heilige Berufung.“

Erfürchtig legte sie eine Hand auf die Morning Post. „Amen“, sagte ihr Gemahl und schlug die Vorfenberichte auf.

Übertragen von Max Gerb.

Tagesneuigkeiten

Kultur 1937

An dem Tage, da sich die Weltpresse über die Zwischenfälle in den spanischen Gewässern bereits soweit beruhigt hat, daß sie wieder genügend Aufmerksamkeit für die dramatischen Schilderungen von Schloß Candé, dem Volkerabend des Herzogs von Windsor, die Sorgen und Mühen von Mrs. Warfield-Simpson und für die Frage aufbringt, ob das Paar nun kirchlich getraut werden wird oder nicht, in dieser Stimmung der abklingenden Unruhe über das Bombardement einer Stadt und der wachsenden Unruhe über den jenseitigen Rahmen einer privaten Hochzeitsfeier nimmt sich folgende Meldung sehr charakteristisch aus:

Budapest. Ministerpräsident Daranyi eröffnete heute in Anwesenheit eines Vertreters des Reichsverwesers, zahlreicher Mitglieder der Regierung und des Parlaments, des italienischen Gesandten in Budapest und anderer Persönlichkeiten die hier veranstaltete italienische Kinderschau.

Die Ungarn sind also, wie es scheint, überzeugt, daß sie von den Italienern in Kinderschutz etwas lernen können. Die Leistungen Italiens sind freilich danach. Angefangen von dem 1934 in italienischem Auftrag beschlossenen Kindergarten von Wien-Sandlitz über die Kindermorde in Abessinien, die Blinden- und die Schiffsleuten etwa von Abdus Ubeba nach dem Attentat auf den Landvogt Graziani, bis zu der dauernden „Betreuung“ der spanischen Kinder durch italienische Bomber zieht sich eine Kette von Leistungen, die mit blutiger Schrift ins Buch der Kulturgeschichte eingetragen sind.

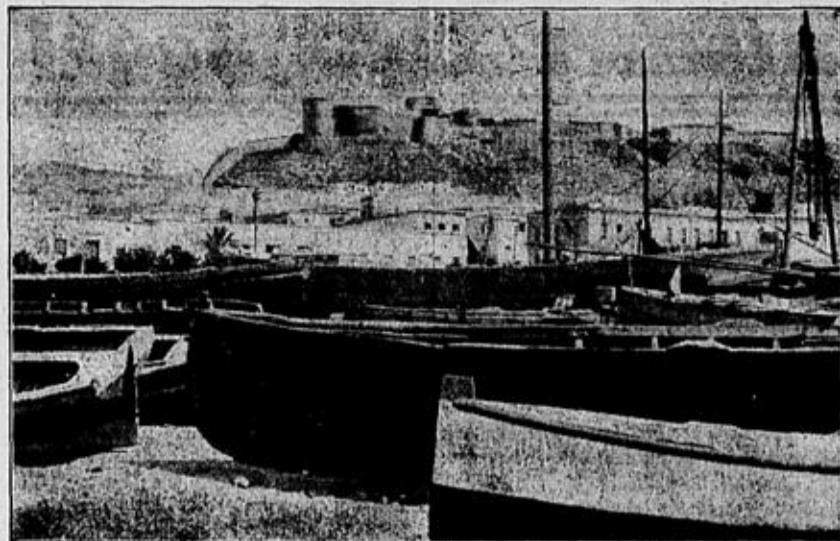
Wie weit die Phantasie abgestumpft und damit die Kultur untergraben ist, beweist auch — wie sind gerecht genug, nicht nur am Ausland Kritik zu üben — folgende Meldung über die Prager Flug-Ausstellung:

Auf der Ausstellung wird auch eine Schießhalle sein, in der die Besucher selbst auf bewegliche Modelle schießen oder mit Bomben auf laufende Bänder, die eine Landschaft darstellen, werfen können.

Das wird weder der Fliegerausbildung nützen, die ja nicht in Schießbuden, sondern in erster und sehr gefährlicher Arbeit vollzogen wird, noch wird es den Kurswert der Spania-Deale bei der Bevölkerung eines Staates erhöhen, dessen Stolz die Wahrung dieser Ideale in schwerster Zeit war. Man könnte sich die Schießbude, in der sich die Besucher mit dem Spiel des Bombenwurfs eine Gaudi bereiten, so sehr sie zum Bilde dieser Zeit gehört, räumlich wirklich besser in Budapest als in Prag und eher im Rahmen einer italienischen Kinderschau, als einer tschechoslowakischen Flug-Ausstellung denken.

Schönheitsfehler im Fahrplan. Ein Leser schreibt uns: „Mit der Einführung des Sommerfahrplans wurde der A d t a u a W i e n — P r a g — V e r l i n von der alten Nordwestbahn-Strecke auf die linke Elbseite verlegt, so daß er jetzt P r a g — A u s s i g — V o d e n b a h statt wie bisher P r a g — T e i s c h e n verkehrt. Man hätte selbstverständlich angenommen, daß im Zusammenhang damit ein A n s c h l u ß von Aussig nach Teplitz und eventuell weiter nach Dux oder Brünn geschaffen wird. Tatsächlich fährt aber nur am Montag — also im Anschluß an den Schnellzug vom S o n n t a g — der Motorzug Leitmeritz—Lobositz—Aussig um 1.55 Uhr nach Teplitz weiter. An allen anderen Tagen müssen die Reisenden in Aussig zwei volle Stunden (1.30 bis 3.30 Uhr) sitzen, um erst mit Tagesanbruch nach Teplitz zu gelangen, während es doch ganz gut möglich wäre, daß sie bei vernünftiger Regelung, das heißt bei täglichem und promptem Anschluß um 2 Uhr oder wenig später in Teplitz wären, also noch etwas von der Nacht hätten. Es gibt wirklich gewisse Lösungen in unseren Verkehrsfragen, die geradezu schwa chinig anmuten!“

Die Menschen auf der Eiswölfe. (Zah.) Die veränderliche Witterung verzögert fortgesetzt den Anschluß Masurans an die übrige Expedition, die ihn an der Nordpolstation erwartet, und den Abflug der Expedition nach der Rudolfsinsel. Die Funktion des Nordpols unterhält eine ständige Verbindung mit Moskau und unmittelbar mit Moskau. Ein in Moskau eigens für die Nordpolstation veranstaltetes Konzert war am Nordpol deutlich hörbar. Auf der treibenden Eiswölfe ist ein ganzes Städtchen emporgewachsen: Das Haus der überwinternden Gruppe Pananinis, sieben Zelte, in denen andere Expeditionsteilnehmer wohnen, ein Zelt mit meteorologischen Geräten, drei Zelte des Depots, das in einem Eishaus untergebrachte Kraftwerk



Blick auf einen Teil der Hafenstadt Almeria, die von deutschen Schlachtschiffen „zur Vergeltung“ beschossen wurde, wobei viele unschuldige Menschen, vor allem Frauen und Kinder, den Tod fanden.

der Funkstation und eine Küche. Die Gruppe Pananinis fährt fort, ihre komplizierte und umfangreiche Wirtschaft zu ordnen und befaßt sich unablässig mit wissenschaftlichen Beobachtungen. Die Eiswölfe legt die Drift mit verlangsamter Geschwindigkeit fort, die nicht über sechseinhalb Meilen in 24 Stunden beträgt.

Nicht nur in USA! Roosevelt hat jetzt selbst in den Kampf des Fiskus gegen die zum System gewordene Steuerhinterziehung namentlich der amerikanischen Millionäre eingegriffen und in einer Rede erklärt, er werde sie wie organisierte Gangster behandeln. Denn, wie Roosevelt wörtlich sagte, die steuerflüchtigen Millionäre hätten sich faktisch wie Gangster organisiert, und die Regierung habe Beweise dafür, daß sie Spezialisten ungeheure Honorare zahlten, nur um die besten Methoden der Steuerhinterziehung festzustellen. Und der Präsident zitierte einen typischen Fall, der auf Grund der bestehenden Gesetze nicht bestraft werden kann: Ein Millionär besitzt eine Yacht, deren Unterhalt im Jahr rund 100.000 Dollar kostet. Hierfür müßte er 17 Prozent Steuern zahlen. Dies tut er jedoch nicht, sondern er gründet eine fiktive Aktiengesellschaft mit einem Kapital von etwa drei Millionen Dollar. Diese Gesellschaft unterhält die Yacht, die sie ihren Aufsichtsratsmitgliedern, praktisch also dem Millionär selbst, „aus Repräsentationsgründen“ zur Verfügung stellt. Ihre Bilanz ist am Ende des Jahres defizitär, und sie muß folglich keinerlei Steuern zahlen. Der Fiskus ist also einfach um 17.000 Dollar geschädigt worden. Roosevelt schätzt die Summen, die dem Staat auf solche oder ähnliche Weise verloren gehen, jährlich auf mindestens 400 Millionen Dollar.

Kleinfried in China. Wie Domei meldet, hat eine Gruppe von 30 chinesischen einen japanischen Farmer in der Umgebung von Tientsin überfallen und sein Geschäft angezündet. Ein Japaner wurde dabei schwer verletzt.

Der schöne Adolphe. Die kleine Pariser Sourette Solange Wehert, 21 Jahre alt und sehr hübsch, wird sich in Zukunft jungen Männern gegenüber sehr reserviert verhalten. Und das hat seine guten Gründe. Sie war mit einem Jüngling befreundet, den man den „schönen Adolphe“ nannte, sie wußte nicht, wie er wirklich hieß, er hatte ihr lediglich erzählt, daß er Maurer sei. Vor wenigen Tagen trafen sie sich abends in einem Hotel. Sie waren beide schlechter Laune und zankten sich die halbe Nacht. Als das junge Mädchen am nächsten Morgen um 10 Uhr erwachte, war von Adolphe keine Spur mehr zu finden. Darüber hätte sie sich ja getrost, aber als sie dann feststellen mußte, daß auch ihre Kleider samt und sonders verschwinden waren, ebenso wie ihre Handtasche, bekam sie einen Nervenzusammenbruch. So wie sie war, im Eva-Kostüm, konnte sie noch nicht einmal sofort Anzeige erheben. Sie erfuhr den Portier, jemanden in ihre Wohnung zu schicken, um Kleider zu holen. Und dann blieb sie einfach im Bett, den ganzen Nachmittag über, in der Hoffnung, daß vielleicht der raubertische Adolphe, den sie sehr ersehnt haben mußte, doch noch wiederkommen würde. Angewandten bemühte sich der Abgesandte des Portiers, die Dirin der jungen Dame von der völlig unabweislich klingenden Geschichte von den gestohlenen Kleidern zu überzeugen, und es dauerte eine geraume Zeit, bis diese unter schadenfrohem Lächeln die Sachen herausgab. — Adolphe kam nicht wieder. Er wird von der Polizei gesucht. Hoffen wir, daß er seiner ehemaligen Freundin Solange nicht in die Hände fällt, sondern der Sicherheit halber gleich ins Gefängnis wandert!

Dürfte gerade genug sein... Meuter meldet aus Tours: An der Trauungszeremonie des Herzogs von Windsor beteiligten sich nur fünf Journalisten, u. zw. der Korrespondent des Reutersbüros als einziger Vertreter der britischen Presse, ein Franzose und drei Amerikaner.

Brechtes Stück eines Sabilen. In einer Musik-Hall in Los Angeles ereignete sich ein tragischer und noch nie dagewesener Vorfall. Die Tänzerin Mae Purdue befand sich, mit einem leichten Balletkostüm bekleidet, auf der Bühne, als die entsetzten Zuschauer plötzlich sahen, daß ihr Kostüm Feuer fing. Man

wirkte sie sofort in Decken, und sie kam mit ersten Brandwunden davon. Die Ursache war die völlig unverständliche und grauenhafte Nahe eines 60-jährigen Mannes, der Mae Purdue seit langem nachstellte, von ihr aber abgewiesen worden war. Er hatte aus einer Probenumprobe ein brennendes Streichholz nach der Tänzerin geworfen.

Eine Moschee wird versteigert. Der seltene Fall, daß eine Moschee öffentlich versteigert worden ist, hat sich dieser Tage in Ebrine (Atrianopol) in der europäischen Türkei ereignet. Die Religionsgemeinde der Afsai-Derwische, denen die Gutsbesitzer-Moschee samt anschließender Tekija (Kloster) gehörte, war wegen Steuerschulden verklagt und verurteilt worden. Da ihr Grundbesitz ihr einziges greifbares Vermögen darstellte, hielten sich die staatlichen Exekutoren hieran. Die Moschee wurde für 85 türkische Pfund an einen Kaufmann verkauft, der sie zu einem Warenmagazin umbauen will. Die Versteigerung wurde von den Afsai-Derwischen gestört, konnte aber schließlich doch beendet werden.

Edward im Kirchenbau? In London wurde folgende Erklärung abgegeben: Wenn es der Wahrheit entspricht, daß der Reverend Anderson Jardine eingewilligt hat, die religiösen Zeremonien bei der Hochzeit des Herzogs von Windsor vorzunehmen, so muß im Namen des Bischofs von Fulham, unter dessen Jurisdiktion alle anglikanischen Kirchen und Institutionen fallen, erklärt werden, daß dies ohne dessen Zustimmung und Wissen geschehen ist.

Berggruß. Im Kreise Schweg (Polen) stürzte Mittwoch nachts in der Nähe der Weichsel ein Sandberg in einer Breite von mehr als hundert Meter ab und verschüttete das Haus eines Stromwärters. Die fünf Bewohner des Hauses fanden den Tod.

Die Buskmänner im Aussterben. Die südafrikanische Regierung trifft Maßnahmen, um die Buskmänner vor dem Aussterben zu retten, das ihnen infolge Mangels an Nahrungsmitteln und Arzneien in der Wüste und in den Wäldern droht. Die Regierung wird ihnen wahrscheinlich günstigere Reservierungen in gefährlichen Gegenden zuweisen.

Ermäßigte Eisenbahn-Halbjahreskarten für Geschäftsfreisende. Die nächste Ausgabe erfolgt mit Geltung ab 1. Juli. Organisierte Geschäftsfreisende erhalten die Halbjahreskarten zum Preise von je 50 Prozent (statt 65 und 50 Prozent) und außerdem einen Sonderzuschlag von 5 Prozent vom Gesamtpreise. Bei Karten für mehr als zwei Richtungen werden noch weitere Nachlässe gewährt. Ferner genießen die Besitzer der Halbjahreskarten Nachlässe auf Staatsautobuslinien sowie freie Bahnfahrt vom Wohnort zur Anfahrstation für die Halbjahreskartenfreise. Nähere Auskünfte über diese Begünstigungen und sonstigen Bedingungen erteilt der B u n d d e r V e r t r e t e r u n d R e i s e n d e n (Nachgruppe im Allgemeinen Angestellten-Verband), Reichenberg, Turnerstraße 27, der auch die begünstigten Halbjahreskarten besorgt. Rechtzeitige Bestellung empfiehlt sich zur Vermeidung von Verzögerungen.

Kühles Wetter. Hinter den Druckstörungen, welche nach Osteuropa abziehen, strömt vom Ozean her kühle Luft gegen das Festland. Der Wind hat dabei bedeutend aufgefrischt und verschiedentlich treten Schauer, ganz vereinzelt in Gewitterbegleitung, auf. Der Luftdruck steigt wieder an. Wärrscheinliches Wetter Donnerstag: Noch unbeständig und namentlich im Nordosten des Staates zeitweise Schauer; kühler nordwestlicher Wind. Weiterausfließen für Freitag: kühl.

Der Kampf gegen den Alkohol in den Betrieben

Der Tätigkeitsbericht der tschechoslowakischen Gewerbeinspektoren für das Jahr 1935 widmet wie alljährlich der Alkoholfrage in den Betrieben seine Aufmerksamkeit und zeigt dabei auf, wie wertvoll die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren auch in dieser Richtung ist:

Der Frage des Genusses alkoholischer Getränke durch die Arbeiterschaft in den Industriebetrieben wendeten die Gewerbeinspektoren die gleiche Aufmerksamkeit zu wie in den vorhergehenden Jahren. Einige ihrer Berichte verzeichnen Betriebe, die die Frage des alkoholgegnerschaftlichen Kampfes in der Weise ver-

„Der Kampf“

Sozialistische Revue

Heft 6, Juni 1937, hat folgenden Inhalt:

Emil Franzel: Die politische und militärische Bedeutung der Achse Rom—Berlin.

Josef Hofbauer: Sudeten-deutscher Freiheitskampf.

Mag Herb: Das britische Reichsproblem.

Mag Barth: Die Mai-Märchen in Katalanien.

Peter Paulamp: Die deutsch-Landwirtschaft unter Görings Diktat.

Erich Keller: Alfred Volgar.

Politische Bemerkungen: Michail Nisolasjewitsch Luchatschewitsch — Bündnisse — Die Kleine Entente — Die Balkan-Entente — Oesterreich-Ungarn.

Aus dem geistigen Leben: Deutsche Geschichtsforschung 1937 — Zwei Avantgardebühnen — Gerade geht! — Aus Transjordanien.

Bücherchau.

Preis des Heftes 5 Kč, Jahresbezugspreis 50 Kč. Redaktion und Verwaltung: Prag II., Kálovova 37.

folgten, daß sie ihrer Arbeiterschaft umsonst Mineralwasser oder andere alkoholfreie erfrischende Getränke zu einem möglichst niedrigen Preis verschafften. Andere Unternehmen gewährten ihren Angestellten wiederum billige Getränke in den neuerrichteten Fabrikkafeen. Verständnis für die Enkalkulationsbestrebungen zeigte auch eine große Gerberei in der Slowakei, die im verflorenen Jahr die Lohnauszahlung von Samstag auf Montag verlegt hat, um die Arbeiterschaft vom Wasthausbuch auf Samstagen und Sonntagen abzubringen. Weiter berichtet ein Gewerbeinspektor, daß die Arbeiterschaft in einigen Industriebetrieben, in denen der freie Samstag eingeführt wurde, in ihrer Freizeit begeistert dem Sport huldigt, statt wie früher in den Schänken herumzusitzen. Diese unbestrittenen Erfolge des Kampfes gegen den unmäßigen Alkoholenuss in der Slowakei sind aber leider nicht so durchdringend, daß sie eine Schwächung aller jener Aktionen erlauben würden, die jedes Jahr zur Bekämpfung dieses Übels besonders im Osten unseres Staates durchgeführt werden. In diesem Gebiet muß, wie ein Gewerbeinspektor betont, die alkoholgegnerschaftliche Tätigkeit noch erhöht werden, damit die erzielten Erfolge festgesetzt und in einen Dauerzustand verwandelt werden. Das gleiche Gewerbeinspektorat gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in der Bekämpfung der eingewurzelten Leidenschaft die auf Grund des Erlasses des Ministeriums für Gesundheitswesen und körperliche Erziehung vom 23. November 1935, Zahl 41.806/35 von der Landesbehörde in Bratislava herausgegebenen Richtlinien zwecks einer einheitlichen Durchführung des Gesetzes vom 17. Februar 1922 S. d. U. Nr. 86 (Holstischer-Gesetz) von Erfolg begleitet sein werden. In diesen Richtlinien ist wichtig der Hinweis, daß die Bestimmungen bezüglich der Strafbarkeit des Angestellten, der die Befehle des Arbeitgebers hinsichtlich der Bestimmungen des oben angeführten Gesetzes über die Einschränkung der Verabreichung von alkoholischen Getränken nicht beachtet, den Arbeitgeber von der Verantwortlichkeit nicht befreit, weil er sich von der Verantwortlichkeit seiner Angestellten überzeugen soll. Schließlich wäre anzuführen, daß die auf Weisung der Landesbehörde in Bratislava errichtete Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus laut Bericht eines Gewerbeinspektors auch in verflorenen Jahren zahlreiche Vorträge veranstaltete und alkoholgegnerschaftliche Flugblätter und Plakate verbreitet hat. Ihre regenreiche Tätigkeit zeigt sich nicht nur in einer bedeutend eingeschränkten Erzeugung der alkoholgegnerschaftlichen Getränke, sondern auch in einem Sinken der Zahl neuer Betriebe zur Erzeugung alkoholischer Getränke, die normalerweise bei verhältnismäßig kleinen Investitionen einen bedeutenden Gewinn abwerfen. So wurden z. B. im Jahre 1937 im Bereiche des tschechoslowakischen Gewerbeinspektorates noch 7 neue Betriebe gegründet, während im verflorenen Jahre nur 2 kleine Betriebe errichtet wurden.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Freitag:

Prag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 12.10: Schallplattenkonzert, 15: Orchesterkonzert, 17: Brudner: Geigenquintett, 18.10: Deutsche Sendung: Sekretär Ribbel; Arbeiterschaft im Kampf, 18.20 Prof. Waldschmidt-Leib: Ueber die Fermente und ihre Bedeutung für das Krebsproblem, 18.35: Arbeiterkundung: Aktuelle zehn Minuten, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem Kulturleben, 22.25: Tanzausstellung — Prag, Sender II: 14.15: Deutsche Sendung: Vorlesung von G. Verh-Böhm-Leiba, 14.35: Schallplatten, 18.20: Slavikonkonzert, 18.40: Berühmte Tenoristen auf Schallplatten, — Wenn 18.05, Salonorchestertonkonzert, 17.40: Deutsche Sendung: Dr. Ribbel: Tischehlicher Sporttag. — Zur Erinnerung an G. Sene Gich, 21: Rundfunkorchesterkonzert, — Braggburg 10.15: Kammermusik: Schubert, Mozart etc. — Rastau 12.35: Rundfunkorchesterkonzert: Josef Strauß, Etola etc. — Mährisch-Odrau 18.10: Deutsche Sendung: Dr. Borger: Schmarotzer am menschlichen Körper.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die böhmische Landesbehörde kennt keine Kollektivverträge?

Obwohl zwischen den wichtigsten Arbeitnehmern, Mähren-Schlesien, und in der Slowakei der gesamtstaatliche Kollektivvertrag vom 25. Februar 1937 für Strahens-, Brücken-, Regulierungs-, Meliorations-, Wasser- und verwandte Bauten abgeschlossen wurde, und dieser Vertrag überall Geltung hat, richten sich die technischen Abteilungen in den Bezirken, die der technischen Abteilung der böhmischen Landesbehörde unterstehen, immer noch nach den Bestimmungen des sogenannten Ingenieurvertrags, der für die Arbeiterschaft bedeutend ungünstiger ist. Die technischen Abteilungen berufen sich darauf, daß sie von der Landesbehörde in Prag noch keine Weisung erhalten haben, sich nach dem gesamtstaatlichen Kollektivvertrag zu richten. Landesvertreter Nowy führte über diesen unhaltbaren Zustand in der Landesvertretung Beschwerde und brachte den Antrag ein, daß der Landespräsident den technischen Abteilungen sofort die entsprechende Weisung erteilen möge. In demselben Antrag wird auch der Landesausschuß erjudet, dafür zu sorgen, daß bei den vom Lande vergebenen Arbeiten der erwähnte gesamtstaatliche Kollektivvertrag überall Anwendung finde. Es ist wirklich an der Zeit, daß die Landesbehörde von ihrer Uebung absteht, immer nur die für die Arbeiterschaft ungünstigeren Bestimmungen anzuwenden!

Der Handelsvertrag mit Italien

Die Regierung hat den beiden Kammern der Nationalversammlung das neue Abkommen über die Regelung des Warenaustausches zwischen der Tschechoslowakei und Italien, das am 31. März 1937 in Rom unterzeichnet worden ist, zur Beratung vorgelegt. Durch dieses Abkommen werden der ursprüngliche tschechoslowakisch-italienische Handelsvertrag vom 23. März 1921, das sogenannte Rahmenabkommen, und der zugehörige Zusatzvertrag vom 1. März 1934, der sogenannte Tarifvertrag, der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse während der letzten Jahre angepaßt.

Das Abkommen stützt auf dem Grundsatze des Gleichgewichtes der Handelsbilanz im Verhältnis von 1:1. Beide Regierungen haben sich die Möglichkeit der Erhöhung der gegenseitigen Einfuhren durch Bewilligung von Exporten über das vereinbarte Kontingent hinaus vorbehalten. Es werden auch besondere zwischenstaatliche Ausschüsse errichtet, die regelmäßig alle sechs Monate oder jederzeit über Verlangen einer Vertragsseite binnen Monatsfrist zusammentreten, um die Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen festzustellen und geeignete Maßnahmen zu beschließen. Das Abkommen läuft bis Ende des Jahres 1937 und wird stillschweigend stets um ein halbes Jahr verlängert.

Der Arbeiter und der Betrieb

Elne wichtige gewerkschaftliche Buch-Erschelung

Die Zentralgewerkschaftskommission unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakischen Republik hat kürzlich eine kleine, nur ca. 70 Seiten umfassende Schrift herausgebracht, auf die wir die Aufmerksamkeit auch unserer Leser lenken wollen. Die Broschüre heißt: „Die kapitalistische Unternehmung und ihre Organisation.“ Der Verfasser ist Friedrich Wagner.

In seinem umfangreichen einleitenden Kapitel wird auf die Beziehungen zwischen dem einzelnen Unternehmen und der Gesamtwirtschaft hingewiesen. Die eigentlichen Kraftquellen des Unternehmens und seines politischen Einflusses liegen im Unternehmen, im Betriebe selbst. Hier arbeitet das Kapital und hier konzentrieren sich seine Interessen und seine Gewinne. Die Kapitalisten, mit der das Unternehmertum nicht allein seine technischen, sondern vor allem auch die kaufmännischen „Betriebsgeheimnisse“ hütet, mit der es bestrebt ist, durch Bilanzfristur und andere Maßnahmen seine wirklichen Geschäftserfolge zu verschleiern, zu verhehlen, wie sehr der kapitalistische Löwe das Unternehmen und den Betrieb als seine ureigenste Höhle ansieht, um deren Raum und Grund sich niemand anderes kümmern dürfe, als er selbst. Wagner sieht es nun als eine der wich-

tigsten Aufgaben der Gewerkschaften an, sich um die betriebswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Verhältnisse stärker als bisher zu kümmern. Er hat recht, wenn er darauf hinweist, daß fast das gesamte sozialistische wirtschaftliche Schrifttum sich vorwiegend um gesamtwirtschaftliche Fragen gruppiert und daß der Wirtschaft und Organisation des einzelnen Unternehmens und den Methoden der Zusammenfassung zu Kartellen und Konzernen nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Gerade in der heutigen Zeit der steigenden Versuche staatlicher Wirtschaftlenkung in allen Ländern, die mehr oder weniger immer auf die Beeinflussung des einzelnen Unternehmens hingen, ist aber die Einflußnahme auf staatliche

Der Lohnkampf der Glasarbeiter im Haida-Steinschönauer Gebiet

Montag fand in Steinschönau eine von den Vereinigten Verbänden der Glasarbeiter einberufene Glasarbeiterversammlung statt, in welcher Sekretär Redziegel vom Verband der Glas- und Keramikarbeiter den schwierigen Kampf der Glasarbeiter des Gebietes schilderte und darauf verwies, daß das Lohnniveau derselben im Jahre 1935 einen Tiefstand erreicht hatte, der geradezu katastrophal genannt werden muß. Viele Heimarbeiter getrauten sich nicht, den Mindestlohn von 140 Kč wöchentlich zu fordern, da sie befürchteten, den Arbeitsplatz dadurch zu verlieren.

Wenn auch die ursprüngliche Forderung auf 192 Kč Mindestlohn nicht voll durchgesetzt werden konnte, so bedeutet trotzdem die Erhöhung von 140 auf 170 Kč einen schönen Erfolg. Für die Betriebsarbeiter gilt der Vertrag vom Jahre 1925, welcher noch bedeutend bessere Lohnsätze vorsieht. Der neue Mindestlohn tritt mit 18. Mai laufendes Jahres in Kraft, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Verlautbarung im Amtsblatt der Republik bis 15. Juli l. J. erfolgt. Da die Distriktskommission diesen Mindestlohn bereits zugestimmt hat, dürfte die Verlautbarung noch im Juni erfolgen, wodurch diese Mindestlöhne rechtlich garantiert sind. Die Arbeiter haben sich auch eigene Kontrollorgane geschaffen, welche die Aufgabe haben, die Kontrolle der Lohnbücher bei den Heimarbeitern durchzuführen, um zu verhindern, daß die Arbeiter selbst diese Ertragsrechnung wieder zunichte machen. Stürmischer Beifall der Versammlung dankte dem Referenten für seine Ausführungen.

Nach ihm sprach für die kommunistische Gewerkschaft Trtil, für die Arbeitnehmergewerkschaft in Teischn Sekretär Biler, dann der Vorsitzende der Genossenschaft, Mandler aus Haida. Dieser schilderte den hereinbruch des Glases in unsere Industrie, an dem wohl die meisten mit Schuld tragen, und appellierte an die

Wirtschaftslenkungsmaßnahmen durch die Organisationen der Arbeiterschaft an die genaueste Kenntnis der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse gebunden.

In einem weiteren Kapitel der Schrift werden die wesentlichen Rechtsbeziehungen des Unternehmens auf Grund der bestehenden handelsrechtlichen Bestimmungen behandelt. Der Hauptteil ist aber einer grundlegenden und leicht verständlichen Darstellung der organisatorischen Grundzüge gewidmet, die im Aufbau und in der Führung eines Unternehmens maßgebend sind. Dieses Kapitel wird von einer Reihe in den Text eingestreuter schematischer Skizzen und einer Gesamtdarstellung dem Leser sehr erleichtert.

Wir erachten diese Schrift der Zentralgewerkschaftskommission nicht nur für den gewerkschaftlichen Betriebsfunktionär, sondern für jeden politisch interessierten Menschen als notwendig und belangvoll.

gesamte Glasarbeiterschaft, jetzt das, was durch mühevolleres Verhandeln erreicht wurde, auch zu fordern und zu halten. Auch der Vertreter der christlichen Gewerkschaft, welche bei den Verhandlungen nicht beteiligt war, pflichtete dem Ergebnis vollständig bei und erklärte sich bereit, hier mitzuarbeiten.

Für den tschechischen Glasarbeiterverband sprach Kubat-Mährsdorf. In der weiteren Debatte sprachen Kun, Wiele, Müller, Kasper und Trtil. Der Referent Redziegel beantwortete sämtliche an ihn gestellten Fragen sehr ausführlich, stellte besonders fest, daß für die weiblichen Arbeitskräfte, welche dieselbe Arbeit versehen, auch dieselben Vertragslöhne gelten und daß besonders die Frage der Anstellung von Assistenten beim Gewerbeinspektorat, welche Sachleute sein sollen, eines starken Nachdrucks bedarf und von großer Bedeutung sei.

An die streikenden Glasarbeiter des Gablonzer Gebietes wurde ein Schreiben abgegeben, in welchem die Arbeiter des Steinschönauer Glasgebietes ihre vollste Sympathie für die Streikenden zum Ausdruck bringen. Auch über die Entziehung der Krisenunterstützung bei den Metallarbeitern, welche im hiesigen Gebiet genau so unter der Krise zu leiden haben, wie die Glasarbeiter, wurde eingehend gesprochen und an den Metallarbeiterverband in Komolan ein Schreiben befohlen, dessen Erledigung Redziegel übertragen wurde. Redziegel appellierte in seinem Schlussworte nochmals eindringlich an die Versammlung, alles dafür einzusetzen, daß das Erreichte gehalten und gefestigt wird. Langanhaltender Beifall der zum überwiegenden Teil von Mitgliedern des Glas- und Keramikarbeiterverbandes in Teischn-Schönau bezeugten Verammlung bezeugte, daß Redziegel allen aus dem Herzen gesprochen hat und daß die Arbeiterschaft fest entschlossen ist, den Kampf bis zum vollen Erfolg zu Ende zu führen.

Abschluß des Lohnkampfes im Polzental

Benfen. In einer großen Betriebsversammlung aller Betriebe des Mautnerkonzerns nahmen die Belegschaften zu dem Ergebnis der geführten Verhandlungen Stellung. Den Bericht über das Verhandlungsergebnis erstattete Reich. Der Referent teilte mit, daß ab 1. Juni ein Vertrag unföndbar bis zum 30. August 1938 abgeschlossen wird und daß eine fünfprozentige Lohnerhöhung auf den Stundenlohn und eine vierprozentige Zuschüsse in drei Raten bewilligt wurde. Die Auszahlung soll am 1. Juni, 1. November 1937 und 1. April 1938 erfolgen. Zusammen ist das eine neunprozentige Lohnerhöhung. Als wichtigstes Ergebnis ist die Schaffung eines Vertrags anzusehen, der die Möglichkeit gibt, wieder Ordnung in die Lohnverhältnisse zu bringen. Die „Vollgemeinheits-Spinnerei“ in Mgersdorf ist den Abmachungen nicht beigetreten.

Nach einer eingehenden Aussprache, an der sich eine Anzahl Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen beteiligten, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Kritik unterzogen, sprachen der Vertreter des Industrieverbandes Schaubelt und der DGB Peter. Schaubelt erklärte das Ergebnis als unannehmbar, konnte aber der

Arbeiterschaft nicht sagen, was weiter zu geschehen hat, denn er ließ die von ihm gestellte Frage: wie ist mehr zu erreichen? unbeantwortet. Peter sah die Schaffung des Lohnvertrages als das wichtigste des Erfolges an und erklärte, daß in der Lohnfrage die Arbeiter nicht befriedigt sein können.

Nach dem Schlusswort von Reich, in dem dieser darauf verwies, daß die Vertreter der Union der Textilarbeiter mit dem Ergebnis nicht voll zufrieden sein können und dieses nur die erste Etappe des Kampfes bedeute, die Arbeiterkraft deshalb zum zweiten Kampf gerüstet werden muß, wurde mit einem Zusatzantrag, daß die Zuschüsse nicht in drei, sondern in zwei Raten ausbezahlt wird, und zwar am 1. Juni und 1. Dezember in der vorgenannten Abstimmung mit absoluter Majorität das Verhandlungsergebnis angenommen.

Wie die Direktion bei einer Vorfprache erklärte, wird die Auszahlung der fünfprozentigen Lohnzulage und die erste Rate der Zuschüsse am 1. Juni, rückwirkend vom 1. Juni erfolgen. Die zweite Rate kommt am 1. Dezember zur Auszahlung.

Tschechoslowakische Wirtschaftsnachrichten

Kein Gurkensyndikat? An dem Widerspruch der böhmischen und slowakischen Landwirte scheint der Plan der Errichtung eines Gurkensyndikats in der Tschechoslowakei zu scheitern. Die böhmischen und slowakischen Gurkenbauern sind nur zur Bildung einer Kontrollgesellschaft bereit, die den Handel überwachen soll.

Die Bierproduktion. Im ersten Quartal 1937 wurden 1,48 Millionen Hektoliter Bier ausgetroffen. Der Export betrug in der gleichen Zeit 20.882 Hektoliter. Im März war der Werausstoß um 10 Prozent größer als im gleichen Vorjahresmonat.

Die Exportkreditversicherung. Die Zunahme der Ausfuhr hat auch ein Anwachsen der Anträge auf Gewährung der Exportkreditversicherung zur

Folge. Im abgelaufenen Jahre erreichten die Anträge einen Verfahrungsbedarf von 132 Millionen Kronen. Davon entfielen 37,9 Prozent auf die Textilindustrie und 20,9 auf die Glas- und Porzellanindustrie.

Große Güterwagen-Bestellungen. Das Eisenbahnministerium wird in der nächsten Zeit die Ausschreibung der Lieferung von 500 Güterwagen vornehmen. Die Wagen, von denen einer 50.000 Kč kostet, sollen noch im Herbst dieses Jahres betriebsfertig sein. Gleichzeitig werden in drei Etappen 300 Jähren in Auftrag gegeben.

Der Kaffee ist teurer geworden. Nachdem die Preise auf dem Weltmarkt angezogen haben, hat der Kleinhandel die Kaffeepreise heraufgesetzt. Die billigsten Sorten, die bisher 28 Kč pro Kilo kosteten, werden jetzt mit 30 bis 32 Kč verkauft. Die Preissteigerung beträgt demnach 10 bis 15 Prozent.

Ausland

Aus der Werkstatt Mussolinis

Melnungsmache in Italien

(mit) Der Zeitschrift der italienischen Antifaschisten „Giustizia e Libertà“ ist es wieder einmal gelungen, sich Geheiminstruktionen des italienischen Propagandaministeriums zu verschaffen, die für die politischen Reaktionen der italienischen Presse bestimmt sind. Wie die Zeitschrift versichert, ist man infolge früherer Indiskretionen dazu übergegangen, „delikatere“ Antifaschisten mündlich abzugeben, aber die schwarz auf weiß fixierten bleiben immerhin noch interessant genug. Wir geben im folgenden eine Auswahl nach außenpolitischen Gesichtspunkten; sie bildet einen recht aufschlußreichen Kommentar zur offiziellen römischen Politik, die sich derzeit auf die Stabilisierung der Achse Rom-Berlin konzentriert:

5. Januar: Die Türkei ist nicht zu kritisieren, selbst wenn sie russische und spanische Kriegsschiffe durchläßt, die Vorräte für die spanische Regierung geladen haben ...

11. Januar: Die Schweiz ist niemals anzugreifen; es sind keine Nachrichten zu veröffentlichen, die ihrer Regierung unangenehm sein könnten.

25. Januar: Völliges Stillschweigen über die Tatsache, daß der ungarische Generalkonsul in Mailand besucht hat. Völliges Desinteressententum an der faschistischen Bewegung in der Schweiz.

17. Februar: Keine Nachrichten über 1. den bevorstehenden Besuch Dr. Schuschnigg in Italien, 2. seine bevorstehende Eheschließung mit einer Dame der Gesellschaft, 3. seine Auflösung der Österreichischen faschistischen Partei (?)

20. Februar: Eine energische Kampagne gegen die Tschechoslowakei zu beginnen und fortzuführen.

26. Februar: Auf die Möglichkeit des Ausscheidens Edeus aus dem Foreign Office ist hinzuweisen. Lassen Sie sich aus London Nachrichten über Edeus Entlassung schreiben!

31. März: Keine zu große Ausführlichkeit über die Schiffsbestellungen, Strafenarbeiten, technischen Missionen usw. der Türkei in Italien. Es ist notwendig, die Atmosphäre für ein Agreement vorzubereiten und den Taffachen eine mehr politische als industrielle Bedeutung zu geben. Der Plan eines gegenseitigen Weisandspartes der Kleinen Entente, wie er von Frankreich gefördert wird, ist mit lebhafter und ironischer Feindseligkeit zu behandeln. Jugoslawien ist so zu betrachten, als habe es bereits die Kleine Entente verlassen.

Keine Veröffentlichung der Medien von Ducevode Lano, die zu ideologisch und von der Wirklichkeit weit entfernt sind.

14. April: Wiedergehen und ausführlich darzustellen sind die Nachrichten der Stefani-Agentur darüber, wie wünschenswert es wäre, die versuchten Stadtteile Londons niederzubrennen, die eines zivilisierten Zeitalters unwürdig sind. Hinzuzufügen ist, daß Edward, wenn er weiterregiert hätte, dem abgeholfen hätte.

18. April: Vorsicht und neutrale Haltung in dem Konflikt zwischen Vatikan und Deutschland. In jedem Fall ist auf die deutsche Seite zu neigen, aber ohne jemals Nachrichten über die Prozesse wiederzugeben, die gegen Priester wegen Unmoral angestrengt sind und von denen die deutsche Presse voll ist.

28. April: Die absolute Mediokrität von Delbos, Herrists Strohmann, ist zu unterstreichen. Hinweis auf den „unmoralischen“ Charakter von Blums Buch über die Ehe.

6. Mai: Es ist strengstens verboten, Artikel über die britische Regierung zu veröffentlichen oder irgendwie sonst auf sie Bezug zu nehmen; beschränken Sie sich ausschließlich auf Stefani.

10. Mai: Jeder Unglücksfall, der während der Krönungsfestlichkeiten eintreten könnte, ist hervorzuheben; die Bedeutung der politischen Unterhaltungen in London ist zu verfeinern.

Roosevelt gegen den Steuerhohnbel der Millionäre. Da sich im amerikanischen Budgetentwurf für die letzte Zeiperiode verschiedene Mängel ergaben, wurden Untersuchungen eingeleitet, durch welche festgestellt wurde, daß einige vermögende Personen verschiedene Mittel angewandt hatten, um sich der Zahlung hoher Einkommensteuerbeträge zu entziehen. Auf Grund dieser Feststellungen hat Präsident Roosevelt an den Kongreß eine Botschaft gerichtet, in welcher er fordert, daß alle drei Staatsgewalten, d. i. die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen gegen diese Steuerhinterziehungen treffen.

Man erhält für	Kč
100 Reichsmark	728.—
100 Markmünzen	780.—
100 österreichische Schilling	536.50
100 rumänische Lei	17.60
100 polnische Zloty	549.50
100 ungarische Pengö	592.50
100 Schweizer Franken	654.50
100 französische Francs	128.20
1 englisches Pfund	140.75
1 amerikanischer Dollar	28.60
100 italienische Lire	145.40
100 holländische Gulden	1576.—
100 jugoslawische Dinare	65.30
100 Belgas	484.—
100 dänische Kronen	630.—
100 schwedische Kronen	728.—

